



Landschaftsverband Westfalen-Lippe  Koordinationsstelle Sucht
Warendorfer Str. 27  48133 Münster
<http://www.lwl.org/ks>  kswl@lwl.org

KS-Newsletter

Mai 2006

4. Jahrgang / 3-2006

Inhalt

- Nachrichten aus der Koordinationsstelle Sucht** **1**
- Erst Gender-Fachtagung, dann Männer-Arbeitskreis | Workshop „Familie – Kinder – Sucht“ wird wiederholt | Frühlingsfeste im Zeichen des Nichtrauchens | Arbeitskreis diskutiert Migrationserfahrungen von Aussiedlern | Herzlichen Dank für die Teilnahme an der Umfrage | Kooperationsfachtagung „Kombitherapie“ am 8. August 2006
- Nachrichten aus Westfalen-Lippe** **5**
- Starke Kostenzunahme beim Betreuten Wohnen | Kreuzbund Münster jetzt eingetragener Verein | Grafikdesigner zeigt eindringliche Bilder von Süchtigen | Plastische Schilderung kommt besser an als trockene Fakten | Suchtberatung Lippstadt hatte deutlich mehr zu tun
- Sucht- und drogenpolitische Nachrichten aus NRW, Bund, Ausland** **7**
- Drogen- und Suchtbericht zeigt besorgniserregende Tendenzen | Drogen- und Suchttratt hat sich neu konstituiert | Füchtenschnieder sieht „Große Chance“ im Sportwetten-Urteil | Fachklinik Nettetal hat nun vier Therapieplätze mehr | Politischer Streit nach guten Ergebnissen des Heroin-Projektes | Hamelner achte Klasse gewinnt bei „Be smart, don't start“ | Ärzte-Suchtbeauftragte tritt für Substitutionsbehandlung ein | Hüllinghorst kritisiert Regierung wegen Tabakwerbeverbot | Mehr Alkohol für Jugendliche in Fußballvereinen? | Zigarettenautomaten funktionieren nur noch mit Plastikgeld | Katastrophale Auswirkungen für JVA Siegburg befürchtet | Dresdner Wissenschaftler legen Cannabis-Therapie vor | Weniger Tabak und Alkohol, Cannabis wird wichtiger | „Kinder stark machen“ war erfolgreichste WM-Aktion | Bundeswehr sieht sich auf gutem Weg bei Suchtprävention | Kampagne „Don't drug + drive“ startet in Osnabrück | Karikaturen zeigen Suchtgefahren besonders deutlich
- Weitere relevante Nachrichten** **16**
- Cannabis ist doch eine Einstiegsdroge | Schweizer Drogenpolitik verfolgt das Ziel der Abstinenz | Österreichische Mädchen trinken früher als die Jungen | Drogen und Strafverfolgung: Es kommt aufs Bundesland an | Raucher sind bei der Partnersuche klar benachteiligt | Starker Anstieg der Drogenopfer-Zahlen in Österreich | Frankreich verschiebt Nichtraucher-Gesetz
- Ankündigungen und Publikationen** **19**
- Linzer Institutstagung erörtert Perspektiven der Peer-Education | Neue Broschüre zu Drogenabhängigkeit und Schwangerschaft | Bundesverband hat Fachkliniken-Verzeichnis aktualisiert | Sucht-Selbsthilfe in Paderborn stark vertreten | „Sucht“ thematisiert wirtschaftliche Aspekte der Gesundheit | Arzneimittel und Drogen zum Nachschlagen auf CD-ROM | Mutter-Kind-Beziehung soll Suchtprobleme verringern | Österreichischer Artikel untersucht Wirkung von Drogen | Tabakindustrie gab Steuererhöhung nicht komplett weiter | BVEK dokumentiert Tagung zu Doppeldiagnosen | Impressum

Die in diesem Newsletter enthaltenen Internet-Links können angeklickt werden.
Es öffnet sich dann der Internet-Browser und zeigt die entsprechende Seite an.
Dazu muss eine Verbindung mit dem Internet bestehen.

Erst Gender-Fachtagung, dann Männer-Arbeitskreis

Münster/Herten ▪ „Wo bleibt der Mann?“ Mit diesem leicht provozierenden Titel bietet die Koordinationsstelle Sucht eine Gender-Fachtagung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Drogen- und Suchthilfe und aus dem Bereich der Prävention an. Tagungsort am Montag, 12. Juni, ist das Schloss Herten.

Die Referenten Prof. Dr. Christel Zenker und Dr. Heino Stöver, beide aus Bremen, erörtern und diskutieren mit dem Plenum die Ausrichtung geschlechterspezifischer Suchthilfe-Angebote. In den vergangenen Jahrzehnten wurde besonders intensiv an der Entwicklung von Angeboten für Frauen gearbeitet. In dieser Zeit ist immer deutlicher geworden, dass auch männerspezifische Angebote nötig sind.

Im Anschluss an die allen Interessierten offen stehende Tagung tagt am Nachmittag am selben Ort der von der Koordinationsstelle Sucht initiierte offene Arbeitskreis „Mann & Sucht“, dem nur Männer angehören.

🚩 **Anmeldungen für die Gender-Fachtagung und/oder den offenen Arbeitskreis (auch über den Anmeldeschluß am 20. Mai hinaus) bei Jörg Körner, Tel.: 0251 591-5538, Fax: 0251 591-5484**
joerg.koerner@lwl.org

🚩 **Die Tagungsausschreibung gibt es hier:**
<http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Veranstaltungen/>

Workshop „Familie – Kinder – Sucht“ wird wiederholt

Münster/Freckenhorst ▪ Die systemische Betrachtungsweise hat sich in der Suchthilfe-Arbeit besonders bewährt, wenn es um die Betrachtung familiärer Zusammenhänge geht. Bei Alkohol- oder Drogenmissbrauch ist nicht nur der Konsument selbst, sondern auch seine Familienangehörigen – und besonders die Kinder – betroffen. Wegen des großen Interesses an der Veranstaltung im vorigen Jahr bietet die Koordinationsstelle Sucht den Workshop „Familie – Kinder – Sucht. Systemisch-lösungsorientiertes Arbeiten mit Familien“ vom 7. bis 9. Juni noch einmal an.

In der Landvolkshochschule Schorlemer Alst Freckenhorst gibt es einen Einblick in die methodische Vielfalt der systemischen Familientherapie. Referenten sind Dipl.-Sozialpädagogin Marlene Stelte-Schmökel, Ausbilderin im Bereich Sozialtherapie beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe, und Dr. Werner Glenewinkel, Jurist, Familientherapeut, Mediator sowie ebenfalls LWL-Ausbilder.

🚩 **Für den Workshop sind noch Anmeldungen möglich. Sie werden entgegengenommen von Elisabeth Rocklage, Tel.: 0251 591-5383, Fax: 0251 591-5484**
elisabeth.rocklage@lwl.org

🚩 **Inhaltliche Frage zu der Fortbildung beantwortet Barbara Harbecke, Tel.: 0251 591-5508**
barbara.harbecke@lwl.org

🚩 **Den Tagungs-Prospekt können Sie sich von der Internetseite der Koordinationsstelle Sucht herunterladen.**
<http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Veranstaltungen/>

Frühlingsfeste im Zeichen des Nichtrauchens

Münster ▪ Im Jugendheim Tecklenburg, dem Jugendhilfezentrum Marl und dem Westfälischen Heilpädagogischen Kinderheim Hamm sind Ende April Informationstage „Ohne Rauch geht's auch“ ausgerichtet worden. Sie waren Teil des Projektes „JaN – Jugendhilfeeinrichtungen auf dem Weg zum Nichtrauchen“, das die Koordinationsstelle Sucht seit Anfang 2006 durchführt.

Mit den Informationsveranstaltungen, die in Frühlingsfeste eingebettet wurden, sollte die Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe über die Gefahren des Rauchens informiert und für die Idee des Nichtrauchens sensibilisiert werden. Ziel des Projektes JaN ist es darüber hinaus, in den Einrichtungen flächendeckende Rauchverbote zu installieren. Rauchfreie Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen können, so der Projekt-Ansatz, am besten unter Beteiligung der jungen Menschen und des Mitarbeiter-Teams erreicht werden.

In Hamm, Tecklenburg und Marl informierte Projektleiter Hartmuth Elsner die Anwesenden über die Gefahren des Rauchens. Dabei verwies er auf aktuelle statistische Daten, wonach Kinder durchschnittlich bereits mit 11,6 Jahren das erste Mal zum Glimmstängel greifen. Besonders wurde auf die Gefahren des Passivrauchens eingegangen – immerhin verstecken sich in den harmlos erscheinenden Tabakwaren mehr als 4000 Gifte. Das „Gotcha Theater Münster“ führte dazu kleine Szenen auf, die Anlass zur Diskussion boten.

Das auf 20 Monate angelegte Projekt JaN bietet den rauchenden Kindern, Jugendlichen und Beschäftigten der drei beteiligten Einrichtungen konkrete Ausstiegshilfen an. Eine Umfrage hat ergeben, dass über die Hälfte der rauchenden Jungen und Mädchen dort ihr Laster loswerden wollen.

➤ **Nähere Informationen zum Projekt JaN bei Projektleiter Hartmuth Elsner, Tel.: 0251 591-3268, Fax: 0251 591-5484**
hartmuth.elsner@lwl.org

➤ **Details zum Projekt JaN finden Sie unter der Adresse:**
http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Projekte_KS1/RFJH

Quellen: Westfälischer Anzeiger, 28. April 2006
Westfälische Nachrichten Lengerich, 27. April 2006
Tecklenburger Bote, 27. April 2006

Arbeitskreis diskutiert Migrationserfahrungen von Aussiedlern

Münster ▪ Das nächste Treffen der Arbeitskreises „Sucht und Migration“ wird am 1. Juni stattfinden. Thema ist die Arbeit mit Russlanddeutschen. Es lehnt sich an das von der Koordinationsstelle Sucht durchgeführte Projekt „SeM – Sekundäre Suchtprävention für spätausgesiedelte junge Menschen in Münster“ an. Pfarrer Edgar L. Born, Aussiedlerbeauftragter der Evangelischen Kirche von Westfalen, wird über Herkunft, Kultur, Übersiedlung und Integration Russlanddeutscher informieren. Geplant ist für die Arbeitskreis-Sitzung außerdem eine Diskussion mit Spätaussiedlern über ihre Migrations- und Integrationserfahrungen.

➤ **Weitere Informationen bei Ludmilla Dickmann,**
Tel.: 0251 591-5384, mobil: 0175 2680525, Fax: 0251 591-5484.
ludmilla.dickmann@lwl.org

Herzlichen Dank für die Teilnahme an der Umfrage

Münster ▪ Die Koordinationsstelle Sucht bedankt sich bei Ihnen, den Leserinnen und Lesern des KS-Newsletters. Sie haben sehr zahlreich an unserer Umfrage zu dieser Veröffentlichung teilgenommen, die wir in der vergangenen Ausgabe durchgeführt haben.

Sie als Leserinnen und Leser sind zufrieden mit unserem Informationsangebot. Zu mehr als 85 Prozent haben Sie uns mit den Schulnoten 1 oder 2 bewertet. Fast alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer fanden die Texte ausreichend lang. Zu über 90 Prozent haben Sie uns außerdem bescheinigt, dass der KS-Newsletter Ihnen wichtige Informationen für Ihre Arbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit liefert.

Unsere breit angelegte Themenmischung scheint Ihnen zuzusagen. Darauf weisen Ihre Rückmeldungen hin. Besonders hohe Zustimmung ernteten bei Ihnen die Themenblöcke „Nachrichten aus der Koordinationsstelle Sucht“ und „Nachrichten aus NRW, Bund, Ausland“. Zur letztgenannten Rubrik meinten 37,5 Prozent von Ihnen sogar, dass Sie gern mehr davon im KS-Newsletter lesen möchten. Als besonders nützlich schätzen Sie offenbar Themen zu neuen Trends der Suchtprävention und -hilfe ein. Auch, dass zu vielen Meldungen die zuständigen Ansprechpartner oder Internetseiten genannt werden, scheint hilfreich für Ihre tägliche Arbeit zu sein.

Der KS-Newsletter kommt bei den Freundinnen und Freunden der Koordinationsstelle Sucht offenbar besonders gut an. Denn fast 48 Prozent seiner Leserinnen und Leser wurde auf ihn aufmerksam, als sie die Internetseiten unserer Einrichtung durchstöberten. Weitere knappe 21 Prozent bekamen von Kolleginnen oder Kollegen den Tipp, unser Informationsangebot zu abonnieren.

„Sehr gelungenes Projekt des LWL.“ „Sehr informativ.“ „Nachrichten aus NRW könnten ausführlicher sein.“ Das sind einige Ihrer Anmerkungen, die Sie auf den Umfragebögen notiert haben. Wir werden uns bemühen, Ihnen auch in den kommenden Monaten einen Newsletter in gewohnter Qualität anzubieten und Ihre zahlreichen Anregungen aufzunehmen, die hier gar nicht alle detailliert wiedergegeben werden können.

📌 **Den KS-Newsletter, auch seine älteren Ausgaben finden Sie auch in Zukunft auf dieser Internetseite:**
<http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Newsletter>

Kooperationsfachtagung „Kombitherapie“ am 8. August 2006

Münster ▪ In Münster findet die Kooperationsfachtagung „Kombitherapie“ in der medizinischen Rehabilitation Abhängigkeitskranker statt.

Dieser gemeinsame Fachtag der Deutschen Rentenversicherung Westfalen und der Koordinationsstelle Sucht des LWL soll dazu dienen, die derzeit in der BRD praktizierten Ansätze von Kombinationstherapien vorzustellen und die Möglichkeiten und Grenzen dieser Behandlungform aus verschiedenen Blickwinkeln zu diskutieren. Die Umsetzungsmöglichkeiten entsprechender Handlungskonzepte auf Westfalen-Lippe soll ebenso im Fokus der Gespräche stehen wie ein Erfahrungsaustausch über erste Good-Practice-Beispiele aus der Region.

☛ **Anmeldungen werden entgegengenommen von Elisabeth Rocklage, Tel.: 0251 591-5383, Fax: 0251 591-5484**
elisabeth.rocklage@lwl.org

☛ **Den Tagungs-Prospekt können Sie sich von der Internetseite der Koordinationsstelle Sucht herunterladen.**
<http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Veranstaltungen>

Starke Kostenzunahme beim Betreuten Wohnen

Kreis Gütersloh ▪ Dramatisch ist der Kostenanstieg beim Betreuten Wohnen im Kreis Gütersloh. Seit Juni 2004 stiegen die Aufwendungen pro 1000 Einwohner von 2991 auf 4111 Euro. Das entspricht einer prozentualen Zunahme von 37 Prozent. Der Kreis muss diese Mehrausgaben über die Kreis- und die Landschaftsumlage mittragen. Das Betreute Wohnen liegt seit dem Jahr 2003 nicht mehr in der fachlichen Verantwortung der Kommunen, sondern des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL).

Mit diesem Thema beschäftigte sich der Arbeitskreis „Arbeit und Soziales“ der CDU-Kreistagsfraktion Gütersloh kürzlich. Zu Gast war die Leiterin des gleichnamigen Fachbereiches der Kreisverwaltung, Judith Schmitz. Sie sagte, dass die angeschlossenen Kommunen wegen der starken Kostenzunahme die kontinuierliche Berichterstattung darüber beim LWL angefordert hätten. Der LWL hatte die fachliche Verantwortung für das Betreute Wohnen befristet bis 2010 übernommen, um das Versorgungsangebot in der Region zu vereinheitlichen und auszubauen. Die kontinuierlich steigenden stationären Hilfsmaßnahmen sollten verringert werden. Der gewünschte Effekt blieb aber bislang aus.

Quelle: **Die Glocke, 13. April 2006**

Kreuzbund Münster jetzt eingetragener Verein

Münster ▪ Der Diözesanverband Münster des Kreuzbundes wird ein eingetragener Verein. Das beschlossen die Vertreter der 230 im Kreuzbund zusammengeschlossenen Selbsthilfegruppen im März auf einer Versammlung. Die Eintragung ins Vereinsregister wird in Bocholt vorgenommen. Hans-Jürgen Averbeck aus Rheine wurde zum Vorsitzenden gewählt. Der Kreuzbund Münster hat nach eigenen Angaben 2000 Mitglieder.

Quelle: **Kirchensite, 20. März 2006,**
<http://www.kirchensite.de/index.php?myELEMENT=110433>

Grafikdesigner zeigt eindringliche Bilder von Süchtigen

Dortmund/Berlin ▪ Bedrückende Bilder von Drogensüchtigen vereint der Bildband „Sehnsucht“ von Georg Kierkowicz auf 105 Seiten. Das jetzt veröffentlichte Buch ist die Abschlussarbeit des Autors für sein Grafikdesign-Studium an der Fachhochschule Dortmund. Der Dortmunder hat sich Suchtkranken mit der Kamera genähert und zeigt deren Situation in ausdrucksstarken Bildern. Dabei scheut er nicht davor zurück, die kaputtgestochenen Adern von Heroinabhängigen zu zeigen. Zudem hat er die Arbeit in der Dortmunder Drogenhilfeeinrichtung „Café K!ck“ mit seiner Kamera eingefangen, wo es einen Drogenkonsumraum gibt.

 **Gregor Kierkowicz: Sehnsucht. Berlin: Schwarzkopf & Schwarzkopf, 105 Seiten, 200 Farbbilder, 29,90 Euro, ISBN 3-89602-685-2**

Quelle: **Lausitzer Rundschau, 13. März 2006,**
<http://www.lr-online.de/freizeit/buch/buchimgespraech/art1007,1201335.html?fCMS=cf20ef5b64722f95db200dfe26563ff7>

Plastische Schilderung kommt besser an als trockene Fakten

Münster ▪ Die „trockenen“ Fakten über Drogenmissbrauch sind Jugendlichen meist gut bekannt. Welche Droge besonders stark abhängig macht, dass Zigaretten der Gesundheit schwer schaden und Alkohol kein harmloses Party-Getränk ist, wissen junge Menschen offenbar. Wirklich Eindruck hinterlassen hingegen plastische, praxisorientierte Schilderungen von Suchtproblematiken bei der jungen Klientel. Diesen Schluss zogen Polizeihauptkommissar Wolfgang Schallenberg, Drogenberater der Polizei, und Dr. André Lammers von der Westfälischen Klinik für Psychiatrie Münster nach einem Vortrag vor Achtklässlerinnen der Münsterschen Marienschule. Beide Referenten berichteten den Mädchen aus ihrer praktischen Arbeit und schilderten eindringlich Schicksale von Drogenabhängigen. Vor allem der Vertreter der Polizei wies darauf hin, dass eine verstärkte Kontrolle der Jugendschutzbestimmungen nötig sei, um Kinder und Jugendliche vor Suchtmittelmissbrauch zu schützen.

Quelle: Münstersche Zeitung, 13. März 2006

Suchtberatung Lippstadt hatte deutlich mehr zu tun

Lippstadt ▪ 315 Menschen suchten im Jahr 2005 die Suchtberatung der Diakonie in Lippstadt auf. Das waren 50 mehr als im Vorjahr, geht aus der Jahresbilanz der Einrichtung hervor. Die Suchtberater Wolfgang Kowoll und Franz Krane stellten bei der Vorstellung der Zahlen besorgt fest, dass die zu ihnen kommenden Menschen mit Suchtproblemen immer jünger werden. Die jüngste Klientin war eine zwölfjährige Kifferin. Insgesamt stieg die Zahl der 18- bis 25-jährigen Ratsuchenden innerhalb eines Jahres von 33 auf 57. Weit überwiegend suchen Männer die Beratungsstelle auf. Cannabis-Probleme nehmen einen immer größeren Teil der Beratungsgespräche in Anspruch, resümierten die Berater.

Quelle: Der Patriot, 24. März 2006,
http://www.derpatriot.de/index.php?content=lokal_artikel&ID=Py-217056&RESSORT=LP

Drogen- und Suchtbericht zeigt besorgniserregende Tendenzen

Berlin ▪ 1326 Menschen sind voriges Jahr an Drogenmissbrauch gestorben. Das geht aus dem Drogen- und Suchtbericht hervor, den die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing, Anfang Mai in Berlin vorstellte. Insgesamt schätzte die Politikerin das Ausmaß der Tabak-, Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit in Deutschland als alarmierend ein. 16,7 Millionen Raucher, 1,6 Millionen Alkoholabhängige und 1,7 Millionen Medikamentensüchtige soll es in der Bundesrepublik geben. 110000 Menschen würden jährlich an den Folgen des Rauchens sterben, 40000 durch Alkoholmissbrauch. Besondere Sorge bereite der Trend, dass immer jüngere Menschen zum Joint griffen. Das Einstiegsalter liege inzwischen bei durchschnittlichen 16,4 Jahren.

Der Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung kann auf den Internetseiten der Drogenbeauftragten als PDF-Dokument heruntergeladen werden.

http://www.bmg.bund.de/cln_040/nn_604240/SharedDocs/Publikationen/Drogen-und-Sucht/dsb2006.html

Quelle: Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums, 3. Mai 2006, http://www.bmg.bund.de/cln_040/nn_604814/DE/Presse/Pressemitteilungen/Presse-Drogenbeauftragte/PM-3-5-06,param=.html

Drogen- und Suchtrat hat sich neu konstituiert

Berlin ▪ Der Drogen- und Suchtrat der Bundesregierung hat sich wieder konstituiert. Das Gremium hatte bereits in der vorigen Legislaturperiode des Bundestages getagt. Ihm gehören neben der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Sabine Bätzing, und Vertretern verschiedener Bundes- und Landesministerien unter anderem auch Wissenschaftler sowie der Geschäftsführer der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen, Rolf Hüllinghorst, an.

Ziel des Rates ist die Begleitung der Umsetzung des Aktionsplanes „Drogen und Sucht“ der Bundesregierung. Spezifische Ziele sind unter anderem, die Quoten junger Raucher und Alkoholtrinker zu senken sowie einen Rückgang bei der Zahl der Cannabis-Konsumenten zu erreichen. Der Rat wird auch die Ergebnisse des Heroin-Modellprojektes diskutieren.

Das Arbeitsprogramm des Drogen- und Suchtrates kann von den Internetseiten des Bundesgesundheitsministeriums heruntergeladen werden:

http://www.bmg.bund.de/cln_040/nn_600110/SharedDocs/Download/DE/Presse/Pressemitteilungen/Presse-BMG-2006/Arbeitsprogramm-DSR,templated=raw,property=publicationFile.pdf/Arbeitsprogramm-DSR.pdf

Quelle: Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums, 7. März 2006, http://www.bmg.bund.de/nn_600110/DE/Presse/Pressemitteilungen/Presse-Drogenbeauftragte/pm-7-3-06,templated=renderPlain.html

Füchtenschnieder sieht „Große Chance“ im Sportwetten-Urteil

Karlsruhe ▪ Eine „große Chance“ bietet das Bundesverfassungsgerichts-Urteil zum staatlichen Sportwettenmonopol nach Ansicht von Ilona Füchtenschnieder vom Fachverband Glücksspielsucht in Herford. Das höchste deutsche Gericht hatte Ende März geurteilt, dass die derzeit praktizierte Form des Sportwettenmonopols das deklarierte Ziel verfehlt, über die staatliche Alleinabietung von Sportwetten die Bevölkerung vor Spielsucht zu schützen. Bis Ende 2007 hat der Gesetzgeber nun Zeit, das Sportwettenmonopol neu auszugestalten. Wird danach dem Schutz vor Glücksspielsucht immer noch zu wenig Rechnung getragen, muss der Sportwettenmarkt freigegeben werden. Dann dürften verschiedene Anbieter unter staatlicher Aufsicht Wetten anbieten. Das Gericht stellte fest, dass die Schwelle zur Teilnahme an den staatlichen Oddset-Wetten zu niedrig liege, weil eine Teilnahme daran allein in bundesweit 27000 Lotto-Annahmestellen möglich sei. Werbung für Oddset dürfe sich ab sofort nicht mehr an Jugendliche und Neukunden richten. Spielsüchtige müssten von der Teilnahme ausgeschlossen werden. Die Kontrolle des Wett-Geschehens solle künftig nicht mehr den Finanzministerien obliegen.

Füchtenschnieder hofft nun, dass vermehrte Anstrengungen ergriffen werden, die seit Jahren steigenden Zahlen von Glücksspielsüchtigen zu verringern. Beispielsweise müsse die bereits bestehende Verpflichtung endlich umgesetzt werden, in Wettbüros Informationsmaterial zur Suchtvorbeugung auszulegen. In Nordrhein-Westfalen haben die Beratungsstellen für Glücksspielsüchtige voriges Jahr 1200 intensive Kontakte gezählt. In Deutschland schätzt die Regierung die Zahl der Spielsüchtigen auf 80000. Der Fachverband geht von 400000 aus.

Nordrhein-Westfalen zählt nach Füchtenschnieders Einschätzung zu den Vorreitern im Kampf gegen die Spielsucht. Die Hälfte der Einnahmen aus Oddset und Co. gehen an Suchthilfe und -prävention. Spielsucht ist ein Schwerpunkt des Landessuchtprogramms. Es gibt ein enges Netz an Beratungsstellen.

Bayern hat derweil eine Verschärfung seiner Regeln für den staatlichen Wettanbieter Oddset angekündigt. Halbzeit- und Livewetten sollen nicht mehr angeboten werden, ebenso wie Wetten per SMS oder Spielangebote in Sportstadien. Die Teilnahme an Internet-Spielen soll eingeschränkt und Fernseh- sowie Bandenwerbung eingestellt werden.

Quellen: **wdr.de**, 28. März 2006,

<http://www.wdr.de/themen/panorama/16/sportwetten/index.jhtml?rubrikenstyle=panorama>

Marktplatz Recht, 4. April 2006, <http://www.marktplatz-recht.de/nachrichten/24034.html>

Kölnischer Stadt-Anzeiger, 29. März 2006,

<http://www.ksta.de/html/artikel/1143027862352.shtml>

die tageszeitung, 29. März 2006, <http://www.taz.de/pt/2006/03/29/a0135.1/text>

Fachklinik Nettetal hat nun vier Therapieplätze mehr

Wallenhorst ▪ Vier Therapieplätze mehr – nämlich nun 37 – hat die Fachklinik Nettetal für suchtkranke Männer nach einem umfangreichen Umbau. Drei ältere Häuser der durch die Caritas betriebenen Einrichtung wurden behindertengerecht umgebaut. Zusätzlich wurde die Verwaltungsinfrastruktur verbessert. Der Umbau kostete etwa eine Million Euro. 23 Mitarbeiter kümmern sich um die etwa 100 Patienten pro Jahr.

Quelle: **Neue Osnabrücker Zeitung**, 13. Mai 2006

Politischer Streit nach guten Ergebnissen des Heroin-Projektes

Berlin ▪ Die Auswertung der ersten Studienphase des deutschen Modellprojektes zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger deutet darauf hin, dass Schwerstabhängige von Heroin besser durch die kontrollierte Abgabe von Heroin zu behandeln sind als durch eine auf Methadon basierende Substitutionstherapie. In sieben Städten wurde seit 2002 Heroin kontrolliert an Schwerstabhängige abgegeben. Bis Mitte dieses Jahres läuft die zweite Phase. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing, kündigte an, noch in diese Jahr Gesetzesentwürfe vorzulegen, um Heroin auf Rezept an Schwerst-Suchtkranke abgeben zu können. Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen begrüßt die Initiative. Behandelnde Ärzte müssten auf einer sicheren Basis agieren können. Die Kostenfrage müsse geklärt werden.

Widerstand zu diesem Ansinnen kommt aus Kreisen der CDU. Zwar hat die Baden-Württembergische Sozialministerin Monika Stolz sich für entsprechende Maßnahmen ausgesprochen, doch weigerten sich andere Vertreter der Partei, die bisherigen Ergebnisse des Modellprojektes im Gesundheitsausschuss des Bundestages zu diskutieren. Die CSU sprach sich auch dagegen aus.

▼ **Die ersten Ergebnisse des Modellprojektes zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger stehen auf den Internetseiten des Projektes als PDF-Dateien zur Verfügung:**
http://www.heroinstudie.de/ergebnisse_jan_06.html

▼ **Eine umfangreiche Link-Liste zu Presseartikeln über das Modellprojekt gibt es hier:**
<http://www.heroinstudie.de/presse.html>

Quellen: Kölner Stadt-Anzeiger, 18. März 2006, <http://www.ksta.de/html/artikel/1141776742067.shtml>
Pforzheimer Zeitung, 26. April 2006, <http://www.pz-news.de/suedwest/79987/index.html>
Mannheimer Morgen, 26. April 2006
Frankfurter Neue Presse, 2. Mai 2006, http://www.rhein-main.net/sixcms/detail.php/2928472/v2_rmn_news_article
Netzzeitung, 5. Mai 2006, <http://www.netzeitung.de/deutschland/396585.html>
DHS-Newsletter 8/2006, http://www.dhs.de/newsletter_0806d.html

Hamelner achte Klasse gewinnt bei „Be smart, don't start“

Hamel/Bonn/Düsseldorf ▪ Die Klasse 8b des Hamelner Albert-Einstein-Gymnasiums hat den Wettbewerb „Be smart, don't start“ 2005/2006 gewonnen. Zwei Drittel der 27 Klassenkameraden schafften es, von November bis Ende April rauchfrei zu leben. Bei der Preisverleihung in Düsseldorf erhielten sie einen Gutschein für eine Klassenfahrt im Wert von 6000 Euro. 12425 Schulklassen hatten sich am diesjährigen Wettbewerb beteiligt.

▼ **Informationen zu „Be Smart, don't start“ gibt es beim Institut für Therapie- und Gesundheitsforschung, Düsternbrooker Weg 2, 24105 Kiel, Tel.: 0431 5702944, Fax: 0431 5702929**
besmart@ift-nord.de
<http://www.besmart.info>

Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Krebshilfe, 15. Mai 2006, http://www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?aktion=jour_pm&comefrom=scan&r=232999

Ärzte-Suchtbeauftragte tritt für Substitutionsbehandlung ein

Stuttgart ▪ Für die weitere Durchführung von Substitutionstherapien durch niedergelassene Ärzte hat sich die Suchtbeauftragte der Kassenärztlichen Vereinigung und der Ärztekammer in Baden-Württemberg, Dr. Gisela Dahl, ausgesprochen. Sie reagierte damit auf Berichte, wonach es bei acht Todesfällen von Methadon-Patienten den Verdacht auf eine unzureichende Behandlung gegeben habe.

Dahl forderte die bessere Unterstützung der Ärzte, die eine Substitutionsbehandlung anbieten. In Baden-Württemberg werden derzeit 7517 Drogenabhängige mit Methadon versorgt. Der bürokratische Aufwand zur Durchführung solcher Behandlungen sei sehr hoch, sagte die Suchtbeauftragte. Zudem könne das Versäumen von Dokumentations- oder Nachweispflichten für die Mediziner rasch strafrechtliche Folgen haben.

Problematisch sei das Verbot des Beikonsums anderer Drogen für substituierte Süchtige. In der Praxis müssten Ärzte dann die Behandlung in etwa 85 Prozent der Fälle sofort abbrechen, da die meisten Drogenkranken auch noch andere Drogen als Heroin konsumierten. Auch die diskutierten Todesfälle stünden wahrscheinlich im Zusammenhang mit Mischkonsum. Unzureichend sei zudem die finanzielle Vergütung der Substitutionsbehandlung.

Quelle: **Ärzte-Zeitung, 21. März 2006**,
<http://www.aerzte-zeitung.de/docs/2006/03/21/052a0901.asp?cat=/medizin/sucht>

Hüllinghorst kritisiert Regierung wegen Tabakwerbeverbot

Hamm ▪ Hart ins Gericht geht Rolf Hüllinghorst, Geschäftsführer der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen, in einem Interview mit der Deutschen Welle mit der Bundesregierung, weil sie das von der Europäischen Union geforderte Tabakwerbeverbot noch nicht in nationales Recht umgesetzt habe. Ein noch von der alten Bundesregierung vorbereiteter Gesetzesentwurf zur Umsetzung werde von der neuen Koalition nicht weiter verfolgt. Der Bundesverbraucherminister spiele mit dem Geld der Steuerzahler, weil er hohe Strafen durch die EU riskiere, falls das Zeitschriften-, Internet- und Sponsoring-Werbeverbot für Tabakwaren in Deutschland nicht eingeführt werde.

Hüllinghorst bezeichnet es in dem Interview außerdem als Skandal, dass bei der Fußball-Weltmeisterschaft in den Stadien geraucht werden dürfe. Die zwischen der Drogenbeauftragten und der FIFA vereinbarte Kampagne für den Nichtraucherschutz sei ein „Rückzugsgefecht“ mit bereits existierenden Komponenten.

➤ **Über die Kampagne zum Schutz von Nichtrauchern während der Fußball-Weltmeisterschaft finden Sie einen Bericht im KS-Newsletter 2-2006:**
[Anti-Rauchen-Kampagne während der WM](#)

Quelle: DW-World, 12. April 2006, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,1968046,00.html>

Mehr Alkohol für Jugendliche in Fußballvereinen?

Köln/Nürnberg ▪ Im Jahr 2001 hat eine Studie des Paderborner Sportwissenschaftler Wolf-Dietrich Brettschneider Aufsehen erregt, als er in einer großen Studie die Leistungen der Sportvereine in der Jugendarbeit relativierte. Das betraf auch die Annahme, dass Jugendliche in Sportvereinen weniger oft süchtig würden als nicht organisierte junge Menschen. Nun hat der ostwestfälische Wissenschaftler seine These untermauert, aber auch betont, dass Sportvereine negative gesellschaftliche Auswirkungen nicht förderten. In Nürnberg sagte er, dass Jugendliche in Sportvereinen nicht mehr Alkohol als ihre vereinslosen Alterskameraden tranken. Eine Ausnahme machte er hingegen für Fußballvereine. Hier finde tranken Jugendliche überdurchschnittlich viel.

Bei den so angegangenen Vereinen ist des Forschers These natürlich auf wenig Zustimmung gestoßen. So wird in einem Bericht einer oberpfälzischen Zeitung beispielsweise betont, dass Alkoholexzesse im Rahmen von Sportvereinen zwar nicht auszuschließen seien, dass es sich dann aber immer um Einzelfälle handele. Prinzipiell meinen die für den Bericht interviewten Vereinsvertreter, dass ein Sportverein für eine bessere soziale Integration von Jugendlichen Sorge.

Die Sportjugend Nordrhein-Westfalen hatte bereits nach der ersten Studie eine Qualitätsoffensive „Jugendarbeit im Sportverein“ eingeleitet. Bei einer Tagung im März in der Führungsakademie des Deutschen Sportbundes in Köln wurde diese Initiative als gelungen bezeichnet. Der bei der Veranstaltung anwesende Wolf-Dietrich Brettschneider unterstrich, dass Sport ein „politischer Machtfaktor“ sei und dieses Gewicht auch einsetzen solle.

📌 **Bereits im vorigen KS-Newsletter haben wir darüber berichtet, dass eine Sonderauswertung der HBSC-Studie ergeben hat, dass sportliche Jugendliche mehr trinken und rauchen als eher unспортliche Heranwachsende.**
Sportliche Jugendliche trinken und rauchen mehr

Quellen: Der Neue Tag, 11. Mai 2006, <http://www.oberpfalznetz.de/zeitung/875600-100,1,0.html>
Der Neue Tag, 10. Mai 2006, <http://www.oberpfalznetz.de/onetz/874892-100,1,0.html>
Führungsakademie Deutscher Sportbund, 7. März 2006,
http://www.fuehrungs-akademie.de/dateien/news/news.php?news_id=97

Zigarettenautomaten funktionieren nur noch mit Plastikgeld

Berlin ▪ Ab dem 1. Januar 2007 kann an Zigarettenautomaten in Deutschland nur noch mit der Geldkarte bezahlt werden, die in den meisten EC-Karten integriert ist. Die Maßnahme dient dem Jugendschutz, weil dadurch sichergestellt werden soll, dass die Zigarettenkäufer mindestens 16 Jahre alt sind. Zudem lassen sich nicht alle Automaten umrüsten und werden nicht ersetzt, so dass sich nach den Hoffnungen der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Sabine Bätzing, die Zahl der Automaten von 800000 auf etwa 450000 verringern werde. Nicht zufrieden ist die Deutsche Krebshilfe mit der anstehenden Maßnahme. Sie fordert das komplette Verbot der Geräte, die Zigaretten immer und überall verfügbar machen.

Quellen: Espace.ch, 11. Mai 2006
Tagesanzeiger, 15. Mai 2006
Pressemitteilung der Deutschen Krebshilfe, 11. Mai 2006,
http://www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?aktion=jour_pm&comefrom=scan&r=232578

Katastrophale Auswirkungen für JVA Siegburg befürchtet

Siegburg ▪ Katastrophale Folgen für suchtkranke Inhaftierte befürchten das Diakonische Werk, die Drogenhilfe und der Gefängnisbeirat der Justizvollzugsanstalt (JVA) Siegburg, falls die nordrhein-westfälische Landesregierung ihre Pläne in die Tat umsetzt, die Förderung der externen Drogenhilfe wie geplant drastisch zu reduzieren. Allein in Siegburg hätten im vorigen Jahr 250 Gefangene bei der externen Drogenhilfe um Rat gebeten. Mehr als 90 von ihnen wurden in Therapie- und Betreuungsangebote vermittelt. Seit 1997 sind in Siegburg zwei Stellen für Drogenhilfe vorhanden, die mit 75000 Euro pro Jahr durch die Diakonie und mit bislang 41000 Euro durch Landesmittel finanziert werden. Die Drogenberatung im Gefängnis müsse stark reduziert und durch die dortige Sozialarbeiter geleistet werden, wenn die Kürzungen Wirklichkeit würden. Dies sei nicht bedarfsgerecht.

Der KS-Newsletter berichtete in Ausgabe 2-2006 ausführlich über die in Nordrhein-Westfalen geplanten Kürzungen in der Suchthilfe:
Suchthilfe-Kürzungen in NRW: immer mehr Details und Kritik

Quelle: **Kölnische Rundschau, 22. März 2006,**
<http://www.rundschau-online.de/html/artikel/1141818511669.shtml>

Dresdner Wissenschaftler legen Cannabis-Therapie vor

Dresden ▪ „CANDIS“ heißt das nach Angaben seiner Entwickler europaweit erste Behandlungsprogramm gegen Cannabis-Abhängigkeit. An der Technischen Universität Dresden ist ein dreistufiges Therapieprogramm entwickelt worden, das in der ersten Stufe den Weg in die Abhängigkeit ergründet, dann verhaltenstherapeutische Schritte zu einem Cannabis-freien Leben ergreift um im abschließenden Schritt mit dem Süchtigen in ein Problemlösungstraining einzusteigen. Derzeit läuft die Praxiserprobung des Konzeptes. Noch bis Ende des Jahres bietet das Institut für Klinische Psychologie und Psychotherapie in der Elbe-Stadt alle Cannabis-Konsumenten ab 16 Jahren, die aussteigen wollen, die kostenfreie Teilnahme an dem Training an. Das Programm besteht aus zehn Einzelgesprächen mit jeweils zwei Sitzungen pro Woche. Gefördert wird CANDIS durch das Bundesforschungsministerium.

Weitere Informationen zu dem Projekt gibt es am Institut für Klinische Psychologie und Psychotherapie, Tel.: 03 51 46336592
candis@psychologie.tu-dresden.de
<http://www.candis-projekt.de>

Quellen: **Ärzte-Zeitung, 11. Mai 2006,**
<http://www.aerztezeitung.de/docs/2006/05/11/086a1403.asp?cat=>

Weniger Tabak und Alkohol, Cannabis wird wichtiger

Weimar ▪ Zwischen 1993 und 2004 hat die Zahl der stark rauchenden Jungen und Männer zwischen zwölf und 25 Jahren um zwei Drittel abgenommen. Bei den Frauen sank der Wert um 50 Prozent. Rauchen spielt eine immer geringere Rolle unter jungen Menschen. Nur noch 35 Prozent der Zwölf- bis 25-Jährigen rauchten, während es in den 1970er Jahren noch 65 Prozent waren. Darauf hat Thomas Lampert vom Robert-Koch-Institut in Berlin beim zwölften bundesweiten Kongress für Jugendedizin in Weimar hingewiesen.

Der Referent stellte eine deutliche Verschiebung im Suchtverhalten junger Menschen fest. Während beispielsweise auch der Konsum von Alkohols durch die Sonderabgabe immer mehr an Bedeutung verliert, gewinnt das Binge-Drinking genannte Rauschtrinken sowie der Cannabis-Konsum immer mehr an Bedeutung. 36 Prozent aller Jungen und 27 Prozent der Mädchen hatten im Jahr 2004 mindestens ein Mal Cannabis konsumiert.

Quelle: **Ärzte-Zeitung, 23. März 2006,**
<http://www.aerztezeitung.de/docs/2006/03/23/054a2002.asp?cat=/medizin/rauchen>

„Kinder stark machen“ war erfolgreichste WM-Aktion

Köln/Frankfurt am Main ▪ Die Aktion „Kinder stark machen“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) war die beliebteste Aktion unter den 4500 Fußballvereinen, die an der Kampagne „Klub 2006 – Die FIFA WM im Verein“ teilgenommen haben. Auch der Gewinnverein, der FSV Luckenwalde, der am 17. Mai ein Spiel gegen die deutsche Nationalmannschaft austragen durfte und es 0:7 verlor, hatte einen Tag mit Aktivitäten rund um „Kinder stark machen“ durchgeführt.

Ziel der Aktion ist es, das Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl von Kindern über sportliche Aktivitäten zu fördern und sie so stark genug zu machen, um Suchtgefahren zu widerstehen. BZgA-Direktorin Elisabeth Pott wertet die Zusammenarbeit mit dem Organisationskomitee der Fußball-Weltmeisterschaft als Erfolg. 90 Prozent der Vereine, die an der WM-Kampagne teilgenommen hätten, hätten Interesse an einer weiteren Zusammenarbeit mit „Kinder stark machen“ signalisiert.

◀ **Weitere Informationen zu „Kinder stark machen“ gibt es auf folgender Internetseite:**
<http://www.kinder-stark-machen.de>

Quelle: **Pressemitteilung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 15. Mai 2006,**
<http://www.bzga.de/?uid=178b83f80262e6ef76e30fb9cf8de0f2&id=presse&nummer=346>

Bundeswehr sieht sich auf gutem Weg bei Suchtprävention

Bonn ▪ Die Bundeswehr ist nach eigenen Angaben mit ihren eigenen Suchtpräventions-Aktivitäten erfolgreich. Das geht aus einem jetzt vorgelegten Bericht hervor. Verwiesen wird darin auf das Dokumentationszentrum Suchtprävention und -bekämpfung beim Zentrum für Innere Führung in Koblenz, das als Informationsstelle für die Dienststellen der Armee dient, eine CD-ROM „Suchtprävention in der Bundeswehr“ sowie verschiedene Programme wie ein Tabakentwöhnprogramm und eine Informationskampagne gegen Alkoholmissbrauch. Ein zentraler Pfeiler in den Präventionsaktivitäten sei die Soldaten-Selbsthilfe gegen Sucht.

Als Indiz für den Erfolg der Präventionsmaßnahmen dient der Bundeswehr, dass die Meldungen wegen möglicher Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz voriges Jahr den niedrigsten Stand seit zehn Jahren erreicht hatten.

Der Bericht zur Suchtprävention bei der Bundeswehr ist Teil des Drogen- und Suchtberichtes 2005 der Drogenbeauftragten der Bundesregierung. Sie können ihn als PDF-Datei aus dem Internet herunterladen.

<http://www.suchtpraevention-bundeswehr.de/suchtberichte/dsb2006%5B1%5D.pdf>

Die Bundeswehr informiert auf einer eigenen Internetseite über ihre Präventionsaktivitäten:

<http://www.suchtpraevention-bundeswehr.de>

Quelle: Mitteilung der Bundeswehr, 4. Mai 2006,
http://www.suchtpraevention-bundeswehr.de/regierung_informationen_allgemein4.htm

Kampagne „Don't drug + drive“ startet in Osnabrück

Osnabrück ▪ Polizei und Schulen im Landkreis Osnabrück wollen gemeinsam das Präventionsprogramm „Don't drug + drive“ umsetzen. Ziel ist es, durch Aufklärung in den Schulen den Grundstein zu legen, dass weniger junge Menschen wegen Drogenmissbrauchs mit dem Auto verunglücken. Unter anderem wird nun der Stadtelternrat in Osnabrück über die Kampagne informiert. Die Polizei flankiert die Präventionsmaßnahmen durch verstärkte Verkehrskontrollen.

Über „Don't drug + drive“ in Osnabrück informieren das Präventionsteam der Polizei unter Tel.: 0541 327-2152 und die Landesschulbehörde unter Tel.: 0541 314492.

Mit einer eigenen Internetseite werden junge Menschen über die Ziele der Kampagne des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. und der Securetec Detektions-Systeme AG informiert.

<http://www.dont-drug-and-drive.de>

Quelle: Neue Osnabrücker Zeitung, 28. April 2006

Karikaturen zeigen Suchtgefahren besonders deutlich

Gummersbach ▪ Sucht ist ein ernstes Thema, deren Gefährlichkeit manchmal erst in vermeintlich lustigen Karikaturen besonders klar wird. Das wird aus den 32 Exponaten der Ausstellung „Mit spitzer Feder gegen die Sucht“ deutlich, die bis zum 23. Mai in der Klinik Marienheide gezeigt wird. Da ist dann beispielsweise ein Fötus zu sehen, der bereits im Mutterleib raucht. Oder es sitzt ein Mädchen in einem Sandkasten, der sich auf den zweiten Blick als Aschenbecher entpuppt. Weitere behandelte Themen sind Essstörungen, Alkohol- oder Fernsehsucht.

Das Besondere an den künstlerischen Werken ist, dass sie von Kindern und Jugendlichen von sechs bis 22 Jahren erstellt worden sind. Sie hatten an einem bundesweiten Karikaturen-Wettbewerb des Studienkreises Nachhilfe und der Deutschen Jugendpresse teilgenommen. 8958 Zeichnungen waren eingereicht worden. Bewusst hatten die Wettbewerbs-Ausrichter darum gebeten, sich dem Thema auf anderem Weg zu nähern und nicht zuvorderst Szenen aus dem Drogen-Elend abzubilden. Alltägliche Konsumgewohnheiten und ihre Ursachen sollten im Mittelpunkt stehen.

Quelle: Oberberg aktuell, 9. Mai 2005 ,
<http://www.oberberg-aktuell.de/show-article.php?iRubrikID=1&iArticleID=53694>

Cannabis ist doch eine Einstiegsdroge

Bern ▪ Wer als Jugendlicher kiff, hat ein sechsmal höheres Risiko, später auch so genannte „harte Drogen“ zu nehmen. Cannabis sei somit sehr wohl eine Einstiegsdroge. Auf diesen Befund einer eigenen Studie hat die niederländische Neurowissenschaftlerin Jaqueline M. Vink in einem Interview mit dem schweizerischen Magazin „Facts“ hingewiesen. Vink und ihr Team hatten 218 Zwillingspaare untersucht, von denen ein Geschwisteranteil vor dem 18. Lebensjahr gekiff hat und das andere nicht.

Die Forscherin schließt aus dem Befund, dass das Ziel der holländischen Drogenpolitik, durch die Trennung der Vertriebswege „weicher“ und „harter“ Drogen Cannabis-Konsumenten vor schlimmerem Drogenmissbrauch zu schützen, so nicht erreicht worden ist. Gleichwohl spricht sie sich nicht für eine grundsätzliche Änderung der niederländischen Drogenpolitik aus. Sie plädiert lediglich für eine stärkere Beachtung des Jugendschutzes.

Quelle: **Facts 06/2006, 9. Februar 2006,**
<http://www.facts.ch/dyn/magazin/print/schweiz/590977.html>

Schweizer Drogenpolitik verfolgt das Ziel der Abstinenz

Bern ▪ Abstinenz bleibt ein Ziel der schweizerischen Drogenpolitik. Das hat die Gesundheitskommission des eidgenössischen Nationalrates im Zuge der Diskussion um die Neufassung des Betäubungsmittelgesetzes beschlossen. Heroin wird auf der Liste der verbotenen Stoffe aufgeführt bleiben. Trotzdem ist die ärztliche Verschreibung von Heroin bis 2009 gesichert. Der schweizerische Bundesrat muss dem Beschluss der Gesundheitskommission noch zustimmen.

Im Nationalrat hatte es über die Neufassung des Betäubungsmittelgesetzes Streit gegeben. Ursprünglich sollte die Revision des Gesetzestextes Cannabis-Konsum unter Straffreiheit stellen. Dieses Ansinnen war aber in dem Parlament gescheitert. Nun wird diese Frage nicht mehr durch die Gesetzesänderung berührt.

Quelle: **News.ch, 5. Mai 2006,**
<http://www.news.ch/Drogenpolitik+mit+Abstinenzziel/240920/detail.htm>

Österreichische Mädchen trinken früher als die Jungen

Wien ▪ 23 Prozent der unter 16-Jährigen in Niederösterreich sind mindestens ein Mal im Monat betrunken. Von den 16- bis 19-Jährigen greift fast die Hälfte mindestens ein Mal im Monat zu Alkohol. Das hat eine Umfrage unter 1404 jungen Menschen aus Niederösterreich ergeben, die die Wiener Jugend- und Suchtberatungsstelle „auftrieb“ vorgestellt hat. Die Umfrage ergab auch, dass Mädchen mittlerweile früher als Jungen in den Alkoholkonsum einsteigen. „Härtere“ Drogen spielen noch keine herausragende Rolle bei den alpenländischen Teenagern.

Quelle: **Niederösterreich-Nachrichten, 4. Mai 2006,**
<http://www.noen.at/redaktion/news/article.asp?Text=201163&cat=763>

Drogen und Strafverfolgung: Es kommt aufs Bundesland an

Freiburg ▪ Wer in Deutschland kifft oder gar härtere Drogen nimmt, sollte darauf achten, in welchem Bundesland er oder sie sich gerade befindet. Das kann erhebliche Auswirkungen darauf haben, ob es im Falle des Erwischtwerdens zu einer Anklage kommt oder nicht. Das hat das Freiburger Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in der Studie „Drogenkonsum und Strafverfolgungspraxis“ herausgefunden, die im März vorgestellt wurde.

Bayerische Staatsanwälte stellen beispielsweise 40 bis 60 Prozent aller Verfahren im Zusammenhang mit Cannabis und Marihuana ein. In Berlin, Hessen und den norddeutschen Bundesländern kommt es dagegen bei 80 bis 90 Prozent solcher Verfahren gar nicht erst zur Gerichtsverhandlung.

Auch bei der Definition der „geringen“ Mengen von Cannabis, deren Besitz nicht strafrechtlich verfolgt wird, gibt es große regionale Unterschiede. Bayern und die meisten ostdeutschen Bundesländer meinen, mehr als sechs Gramm Cannabis sei keine geringe Menge mehr. Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz setzen diese Grenze auf zehn Gramm fest, Hessen und Niedersachsen auf 15 Gramm. In Schleswig-Holstein können Kiffer hingegen 30 Gramm Cannabis besitzen und müssen keine Anklage fürchten.

Die durch das Max-Planck-Institut für die Bundesländer-Ebene aufgezeigten Unterschiede im Strafverfolgungs-Eifer bringen aber keine pauschale Sicherheit für etwaige Gesetzesbrecher. Beispielsweise gilt Nordrhein-Westfalen als einigermaßen liberal bei Cannabis-Delikten und stellt die Mehrzahl der Verfahren ein. In Paderborn hingegen landen 60 Prozent der durch den Staatsanwalt angeklagten Cannabis-Delinquenten auch tatsächlich vor dem Richter.

Quelle: [journalMed](http://www.journalmed.de/newsview.php?id=11744), 9. März 2006, <http://www.journalmed.de/newsview.php?id=11744>

Raucher sind bei der Partnersuche klar benachteiligt

Berlin ▪ Wenn die Tendenz der Umfrage des Internet-Verkupplungs-Portals „parship.de“ stimmt, wird es bald keine Raucher mehr geben. Denn sie finden keine Partner, mit denen sie Nachwuchs zeugen könnten.

1700 Alleinlebende wurden befragt. Davon schlossen 37 Prozent kategorisch aus, sich mit einem Raucher oder einer Raucherin zusammenzutun. Bei den Männern lehnten sogar 41 Prozent ein rauchendes weibliches Pendant ab. Zehn Prozent der Befragten würden einen rauchenden Partner akzeptieren, weil sie selbst rauchen. Nur zwei Prozent waren ausdrücklich auf der Suche nach einem rauchenden Gegenüber.

Deutsche Raucher können sich hingegen trösten, dass die Lage in den Niederlanden noch schwieriger ist. In einer europäisch angelegten Umfrage lehnten dort sogar 50 Prozent der Befragten einen rauchenden Freund oder eine rauchende Freundin ab.

Quelle: [News.ch](http://www.news.ch), 12. April 2006

Starker Anstieg der Drogenopfer-Zahlen in Österreich

Wien ▪ In Österreich sind 2004 mehr Menschen an Drogenmissbrauch gestorben als im Vorjahreszeitraum. Das ergibt sich aus dem jüngst vorgelegten Drogenbericht des Gesundheitsministeriums. 224 Menschen starben an den Folgen des Drogenkonsums. 2003 waren es noch 189 gewesen. Sorge bereitet den Behörden, dass mehr jüngere Menschen unter den Opfern waren. 21 Prozent der Drogentoten waren nicht einmal 20 Jahre alt.

Dr. Rainer Schmidbauer, Leiter des Linzer Instituts Suchtprävention Pro Mente, warnte vor einer Dramatisierung bei der Interpretation der Zahlen. Es habe auch in vergangenen Jahren immer wieder außergewöhnliche Anstiege bei den Zahlen der Drogentoten gegeben. Danach hätten sich die Fallzahlen wieder auf dem niedrigeren Niveau anderer Jahre eingependelt.

Den kompletten Drogenbericht des österreichischen Gesundheitsministeriums gibt es im Internet als PDF-Datei:
http://www.praevention.at/upload/documentbox/Drogenopfer-Analyse_2004.pdf

Quellen: **Kurier, 10. April 2006,**
<http://www.austria.com/engine.aspx/page/vienna-article-detail-page/cn/vol-news-egunz-20060410-080059/dc/tp:vol:oesterreich>
Wiener Zeitung, 10. April 2006, <http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=4377&Alias=Dossiers&cob=226863>
Die Presse, 11. April 2006,
<http://www.diepresse.com/Artikel.aspx?channel=c&ressort=w&id=551208>
Mitteilung des Institutes Suchtprävention, 12. April 2006,
<http://www.praevention.at/news/index.php/action.view/entity.detail/key.225/nav.6/view.29/level.2/>

Frankreich verschiebt Nichtraucher-Gesetz

Paris/Madrid ▪ Die Durchsetzung der Rauchverbote in verschiedenen Ländern Europas bleibt weiter schwierig. Die französische Regierung hat die für Anfang nächsten Jahres geplante Einführung eines Rauchverbotes in öffentlichen Gebäuden und Gaststätten zunächst einmal verschoben. Offenbar hatte das Kabinett Angst vor Protesten. Die Tabakhändler des Landes hatten heftigen Widerstand angekündigt. In der Bevölkerung gibt es hingegen eine große Mehrheit für die geplanten Maßnahmen.

In Spanien gibt es ein strenges Gesetz gegen das Rauchen seit dem Jahresanfang. Einerseits hat das Rauchverbot in Betrieben und Behörden zu einer sprunghaften Interessen-Zunahme für Raucherentwöhnprogramme und Informationsmaterial geführt. Auch in größeren Gaststätten über 100 Quadratmeter sind die obligatorisch einzurichtenden Nichtraucher-Plätze geschaffen worden. Kleinere Gaststätten scheren sich hingegen eher selten um Nichtraucher. Ihnen ist es freigestellt, ob sie Nichtraucher-Bereiche einrichten. Die meisten haben dies nicht getan.

Quellen: **Ärzte-Zeitung, 19. April 2006,**
<http://www.aerztezeitung.de/docs/2006/04/19/071a0502.asp?cat=>
Ärzte-Zeitung, 20. April 2006,
<http://www.aerztezeitung.de/docs/2006/04/20/072a0801.asp?cat=>

Linzer Institutstagung erörtert Perspektiven der Peer-Education

Linz ▪ Die Institutstagung 2006 des Instituts Suchtprävention Pro Mente Oberösterreich befasst sich am 22. Juni ab 9:30 Uhr in den Linzer Redoutensälen mit Möglichkeiten und Grenzen der Peer-Education. Zwei Referate von Prof. Dr. Eva Dreher von der Universität München und Dr. Ilse Polleichtner vom Institut Suchtprävention bilden den Schwerpunkt der Tagung. Hinzu kommen vier Workshops und eine abschließende Podiumsdiskussion. Peer-Education wird dabei als wichtiger Ansatzpunkt begriffen, um in der Suchtprävention mit Jugendlichen und Heranwachsenden arbeiten zu können.

Das Tagungsprogramm der Tagung können Sie von folgender Internet-Adresse herunterladen:
http://www.praevention.at/upload/documentbox/Einladung_Tagung_06.pdf

Quelle: Mitteilung des Institut Suchtprävention, 24. April 2006,
<http://www.praevention.at/news/index.php/action.view/entity.detail/key.228/nav.6/view.29/level.2/>

Neue Broschüre zu Drogenabhängigkeit und Schwangerschaft

Hamm ▪ Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) hat eine neue Broschüre vorgelegt, die sich an drogenabhängige Schwangere richtet. Informiert wird in der von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung geförderten 32-seitigen Informationsschrift über die Konsequenzen einer Drogenabhängigkeit für Schwangere und über wünschenswertes Verhalten vor und nach der Geburt.

Die Broschüre „Du bist schwanger – und nimmst Drogen?“ kann in Einzelexemplaren mit einem mit 0,85 Euro frankierten Rückumschlag im Format DIN C5 angefordert werden bei der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen, Postfach 1369, 59003 Hamm.

Auf den DHS-Internetseiten steht die Broschüre auch als PDF-Datei zum Herunterladen bereit:
http://www.dhs-intern.de/pdf/Brosch_Schwangerschaft.pdf

Quelle: DHS-Newsletter 9/2006, http://www.dhs.de/newsletter_0906b.html

Bundesverband hat Fachkliniken-Verzeichnis aktualisiert

Kassel ▪ 117 Fachkliniken hat der Bundesverband für Stationäre Suchtkrankenhilfe in einem neu aufgelegten Verzeichnis versammelt. Aufgelistet werden wichtige Kontaktdaten, Behandlungsschwerpunkte, Therapiemethoden.

Das Fachkliniken-Verzeichnis steht auch im Internet zur Verfügung:
<http://www.suchthilfe.de/kliniken/bundesuebersicht.htm>

Quelle: Ärzte-Zeitung, 6. März 2006,
http://www.aerzte-zeitung.de/docs/2006/03/06/041a1103.asp?cat=/medizin/psychische_erkrankungen

Sucht-Selbsthilfe in Paderborn stark vertreten

Paderborn ▪ Einiges ist in Paderborn im Suchtselbsthilfe-Sektor los. Eine Broschüre mit allen Kontakt-Daten der örtlichen Suchtselbsthilfegruppen umfasst immerhin 16 Seiten. Herausgegeben wurde „Selbsthilfe & Sucht. Paderborner Selbsthilfegruppen. Selbstdarstellung, Treffen, Kontakt“ vom Arbeitskreis „Selbsthilfe und Sucht“, der durch verschiedene Krankenkassen und die Selbsthilfe-Kontaktstelle Paderborn gebildet wird. Wie der Titel der Schrift bereits verrät, enthält die Veröffentlichung neben Adress-Daten und Terminen der jeweiligen Gruppen auch eine kurze Selbstdarstellung des Zusammenschlusses. Auf der letzten Seite werden darüber hinaus professionelle Hilfsangebote für Suchtkranke aufgelistet.

▼ Die Broschüre „Selbsthilfe & Sucht“ kann angefordert werden bei der Selbsthilfe-Kontaktstelle Paderborn, Rathenastr. 28, 33102 Paderborn, Tel.: 05251 87829-60, Fax: 05251 87829-58
selbsthilfe-paderborn@paritaet-nrw.org
<http://www.selbsthilfe-paderborn.de>

„Sucht“ thematisiert wirtschaftliche Aspekte der Gesundheit

Hamm/Geesthacht ▪ Gesundheitsökonomie ist der Schwerpunkt der zweiten Ausgabe dieses Jahres der Fachzeitschrift „Sucht“, die von der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen mit herausgegeben wird. Unter anderem befassen sich darin Georg Kremer und Martin Driessen vom Evangelischen Krankenhaus Bielefeld kritisch mit Kosten-Effektivitätsberechnungen bei der Behandlung von Alkoholkranken.

▼ Die Zeitschrift „Sucht“ kann bezogen werden über den Neuland-Verlag, Markt 24-26, 21502 Geesthacht, Tel: 04152 81342.

Quelle: DHS-Newsletter 10/2006, http://www.dhs.de/newsletter_1006c.html

Arzneimittel und Drogen zum Nachschlagen auf CD-ROM

Berlin ▪ Schnell auffindbare Basisinformationen zu Arzneipflanzen und Drogen versammelt die neu erschienene CD-ROM „Lexikon der Arzneipflanzen und Drogen“ des Berliner Directmedia-Verlages. In 2400 Artikeln findet sich die wesentlichen Informationen zu allen wichtigen medizinischen Substanzen. Elf Essays beleuchten darüber hinaus spezielle Themen der Arzneikunde.

▼ Weitere Informationen und eine Bestellmöglichkeit für das 30 Euro teure digitale Lexikon finden sich auf dieser Internetseite des Directmedia-Verlages:
<http://www.digitale-bibliothek.de/scripts/ts.dll?s=1&id=FD5E4B80&mp=/art/4144/&sc=band144.htm>

Quelle: Kieler Nachrichten, 13. April 2006,
<http://www.kn-online.de/magazin/neue-medien/software/1841404>
Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 13. April 2006

Mutter-Kind-Beziehung soll Suchtprobleme verringern

New Haven ▪ Die Stärkung der emotionalen Bindung zwischen Müttern und ihren Kindern kann dabei helfen, den Drogenkonsum der Eltern zu behandeln. Das ist der Ansatz des „Mothers' and Toddlers' Program“. Über den neuen Ansatz wird in der englischsprachigen Zeitschrift „Family Relations“ in einem Artikel von Nancy Suchman, Marjukka Pajulo, Cindy DeCoste und Linda Mayes berichtet.

Mütter werden in den Programm, das sich noch im Pilot-Stadium befindet, und derzeit in einer zweiten Phase in New Haven erprobt wird, systematisch darin geschult, ihre eigenen Emotionen und die ihrer Kinder genau zu beobachten und einzuordnen. Dabei sollen sie lernen, dass eine emotionale Bindung zu den Kindern eine schönere Belohnung ist als die, die der Drogenkonsum verspricht.

Der Artikel „Parenting Interventions for Drug-Dependent Mothers and Their Young Children: The Case for an Attachment-Based Approach“ von Nancy Suchman, Marjukka Pajulo, Cindy DeCoste und Linda Mayes ist erschienen in Ausgabe 2/2006 der Zeitschrift „Family Relations“, S. 211 – 226.

Quelle: **Medica.de, 24. März 2006,**
http://www.medica.de/cipp/md_medica/custom/pub/content,lang,2/oid,18094/ticket,g_u_e_s_t

Österreichischer Artikel untersucht Wirkung von Drogen

Wien ▪ Auf die besondere Gefährlichkeit von Kokain weist ein Artikel in dem Magazin „Öffentliche Sicherheit“ des österreichischen Innenministeriums hin. Die Modedroge besitze ein sehr hohes Suchtpotenzial, weil es für eine intensive Ausschüttung des „Glückshormons“ Dopamin im Gehirn Sorge. Weit höher als bei Alkohol und Nikotin – wo die Rückfallquote immerhin schon zirka 80 Prozent beträgt – seien die Rückfallquoten nach einem Jahr Abstinenz. Herausgearbeitet wird in dem Artikel die Wirkungsweise des weißen Stoffes, der durch seine chemische Zusammensetzung in der Lage ist, das Gehirn zu täuschen und sehr rasch aus dem Blut ins Gehirn gelangen kann. Untersucht werden in dem Bericht aber auch die Wirkungen anderer Drogen wie Alkohol, Cannabis und Heroin.

Der Artikel „Psychotische Zustände“ ist erschienen in Ausgabe 5-6/2006 der Zeitschrift „Öffentliche Sicherheit“. Er kann aus dem Internet als PDF-Datei heruntergeladen werden.
http://www.bmi.gv.at/oeffentlsicherheit/2006/05_06/Wirkung_von_Drogen.pdf

Quelle: **Mitteilung des österreichischen Bundesministeriums für Inneres, 12. Mai 2006,**
http://www.bmi.gv.at/bmireader/_articlepages/artikel_smallpics.aspx?id=6846446D707450746A766B3D&textversion=0&inctop=
Österreich-Journal, 15. Mai 2006,
<http://www.oe-journal.at/Aktuelles/!2006/0506/W2/11505bmi.htm>

Tabakindustrie gab Steuererhöhung nicht komplett weiter

Berlin ▪ Die bislang letzte Tabaksteuererhöhung im September 2005 hat 6,1 Prozent der bis dahin als Raucher geltenden Menschen dazu veranlasst, mit dem Rauchen aufzuhören. 16,6 Prozent haben das Rauchen reduziert, 18,4 Prozent haben eine andere, günstigere Zigarettenmarke gewählt. Bei den beiden vorangegangenen Steuererhöhungen hatten noch jeweils etwas mehr als sieben Prozent der Raucher wegen der Preiserhöhungen das Rauchen eingestellt. Die Tabakindustrie hat die Steuererhöhung nicht komplett an die Verbraucher weitergereicht. Die Zigarettenpreise sind weniger stark gestiegen, als sie es wegen der veränderten Steuer eigentlich hätten tun müssen. Das alles geht aus einem Bericht zu „Umsetzung, Akzeptanz und Auswirkungen der Tabaksteuererhöhung vom 1. September 2005“ hervor, den Dr. Reiner Hanewinkel und Dr. Barbara Isensee, Institut für Therapie- und Gesundheitsforschung, Kiel, im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums erstellt haben.

Der komplette Bericht findet sich in Internet-Angebot des Bundesgesundheitsministeriums:

http://www.bmg.bund.de/cln_040/nn_604240/SharedDocs/Download/DE/Themenschwerpunkte/Drogen-und-Sucht/Bericht-Tabaksteuer-2006,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Bericht-Tabaksteuer-2006.pdf

BVEK dokumentiert Tagung zu Doppeldiagnosen

Berlin ▪ Der Bundesverband der Elternkreise drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher (BVEK) hat jetzt die Dokumentation seiner Tagung „Eltern von Kindern mit Doppeldiagnosen – Suchterkrankung und psychische Störung – in der Selbsthilfe“ vom Oktober vorigen Jahres vorgelegt. Zwei Referate der Tagung werden darin abgedruckt, in denen zum einen ein Psychiater sich mit dem Thema Psychose und Sucht auseinandersetzt und zum anderen ein Suchthelfer das Thema diskutiert. Zudem wird die Dokumentation ergänzt durch Erfahrungsberichte betroffener Eltern.

Die Tagungsdokumentation kann gegen die Erstattung des Portos angefordert werden beim Bundesverband der Elternkreise drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher e.V. (BVEK), Ansbacher Str. 11, 10787 Berlin bvek@snaflu.de

Quelle: DHS-Newsletter 7/2006, http://www.dhs.de/newsletter_0706b.html

Impressum

Der KS-Newsletter wird herausgegeben von:

Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Dezernat 50
Koordinationsstelle Sucht
Leitung: Wolfgang Rometsch
Warendorfer Str. 27
48133 Münster
Tel. 0251/591-3267
Fax: 0251 591-5499
E-Mail: kswl@lwl.org
Redaktion: Hartmuth Elsner (verantwortlich)
Anschrift wie oben
Ulrich Klose
Jörg Körner

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.